Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 240 — Mittwoch, 24. Mai 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr: in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 20,— M., vierteljährlich 60,— M.
Anzeigen-Preise: Die einspaltige 32 mm breite Zeile 6,— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige Un- u. Verkäufe 20 % Vorzugspreise laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 1 M.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Günstiger Verlauf der Pariser Verhandlungen

Abwendung der Sanktionsgefahr?

Berlin, 23. Mai. Das Reichskabinett hat gestern seine Erörterungen über das Reparationsproblem noch nicht zu Ende geführt und ist heute vormittag wieder zusammengetreten. Man ist in Regierungskreisen der Meinung, daß die Anwesenheit des Reichsfinanzministers Hermes in Berlin erforderlich ist. Man hat sich deshalb mit ihm in Verbindung gesetzt, um festzustellen, ob er möglichst schon Mitte der Woche wieder nach Berlin zurückkehren kann. Da der Minister selbst den Wunsch hat, bereits Mittwoch abend Paris zu verlassen, so ist damit zu rechnen, daß er bereits Mitte der Woche wieder in Berlin anwesend sein wird. Nach den Pariser Abendblättern scheinen die Verhandlungen Hermes' mit den einzelnen Mitglieder der Wiederherstellungskommission einen sehr günstigen Verlauf zu nehmen. „Intransigeant" schreibt sogar, es scheine festzustehen, daß die offiziösen Vorschläge, die Hermes bis jetzt gemacht, von der Wiederherstellungskommission mit gewissen Aenderungen als so zufriedenstellend angesehen würden, daß Hermes seine offiziellen Vorschläge unterbreiten könne. **Demnach wäre also die Gefahr von Sanktionen am 31. Mai als beseitigt anzusehen.**

Paris, 23. Mai. Die Verhandlungen der Reparationskommission über die Erledigung der am 31. Mai akut werdenden Frage gehen sehr langsam von statten, weil die französische Regierung zunächst neue Erklärungen vom Finanzminister Hermes erwartet. Soweit bisher festzustellen war, hat die französische Regierung bis jetzt offiziell noch keine Befehle erteilt, welche auf militärische Sanktionen schließen lassen.

Zusammentritt des Anleiheausschusses.

Paris, 23. Mai. Heute wird unter dem Vorsitz des belgischen Vertreters in der Reparationskommission de la Croix und unter Leitung der Kommission selbst der europäisch-amerikanische Finanzausschuß zusammentreten, um die Mittel zu prüfen, die Deutschland behilflich sein sollen, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Finanzleute werden versuchen, sich über die Bedingungen zu einigen, unter denen es möglich ist, Deutschland die pekuniäre Hilfe zu bringen, deren es bedarf. (W. T. B.)

Die „unvermeidliche" Finanzkontrolle.

London, 23. Mai. „Morning Post" schreibt, das wichtigste Anzeichen sei, daß die amerikanischen Bankiers endlich den Zeitpunkt praktischer Lösungsmöglichkeiten für gekommen erachteten. Wenn ein Morgan sich selber über das Weltmeer bemühe, so tue er dies gewiß nicht bloß, um theoretische Erörterungen zu suchen. Daß er große Schwierigkeiten zu überwinden finden werde, wisse er wohl selbst am besten. **Die ganze Anleihefrage sei direkt abhängig von der offiziellen Antwort, die Deutschland auf die Forderungen der Reparationskommission vor dem 31. Mai zu erstatten habe. Deutschland muß sich dabei sagen, daß die unvermeidliche Finanzkontrolle im Falle einer Anleihe mehr dem Bankierausschuß als der Reparationskommission eingeräumt sein werde, daß sie als eine Kontrolle auf rein geschäftlicher Basis zwischen Gläubiger und Schuldner darstellen würde ohne jeden Beigeschmack einer Beeinträchtigung der politischen und administrativen Hoheit Deutschlands.** Das Blatt verweist dann auf die gestrige halbamtliche Erklärung aus Washington, die die Bereitschaft bedeute, die ganze Kriegsschuldenfrage, also auch unter Umständen das Problem einer gegenseitigen Schuldenstreichung zusammen mit europäischen Sachverständigen aufzurollen, wenn der erste Schritt, die Verhandlungen über die Reparationsanleihe, Erfolg gehabt haben werde.

Die Tschechoslowakei und die Reparationen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 23. Mai. Nach nur kurzem Aufenthalt in Berlin, kehrte der tschecho-slowakische Gesandte, Tusar, nach Prag zurück, um sich am Mittwoch zu einem vierwöchentlichen Aufenthalt nach Paris zu begeben. Tusars Pariser Reise wird große politische Bedeutung beigelegt. Nach Andeutungen hiesiger politischer Kreise wäre anzunehmen, daß Tusar die Mission hätte, in der Reparationsfrage die Rolle eines Vermittlers nach einem von Masaryk und Benesch ausgearbeiteten Plan zu übernehmen. Schon vor seiner Reise nach Genua hat Benesch einem englischen Ausfrager erklärt, daß Deutschland außerstande sei, die Reparationen nach der festgesetzten Art zu bezahlen. Die gesamte tschechische Presse erörtert die Gefahren, die sich aus einem Mißerfolg der Pariser Verhandlungen über das Reparationsproblem für Mitteleuropa ergeben könnten. **Man bezeichnet den 31. Mai als den kritischsten Tag erster Ordnung und die im Außenministerium redigierte Wochenschrift erklärt, ohne vernünftige Liquidierung des Reparationsproblems sei jede europäische Konferenz wertlos.** In Beneschs Organ „Czas" behandelt der tschechische Nationalökonom Dr. Basch die Reparationsfrage und gelangt zu dem Ergebnis, daß die heutigen Reparationsverpflichtungen Deutschlands seiner wirtschaftlichen Lage nicht entsprechen. Man wird schließlich die Reform der Reparationen erwägen müssen.

Das deutsche Kriegsheer in französischer Beleuchtung.

Der durch seine beiden Schriften über Ludendorff und Hindenburg bekannte französische Generalstabschef, General Buat, hat diesen nunmehr ein drittes Buch folgen lassen: „Die deutsche Armee im Weltkriege". In ihm will er der Welt einmal die Stärke des deutschen Kriegsheeres und dann daran gemessen die gewaltige Größe des Sieges der Alliierten zeigen, die diesen Feind schließlich doch zu Fall gebracht haben. Das erstere ist ihm gelungen, das zweite nicht. Eine Schilderung der Größe des deutschen Kriegsheeres und vor allen Dingen aber seines Verfalls unter den „anhaltenden Schlägen der Alliierten" ist der Zweck seiner Schrift, ein Urteil, das aller Wahrscheinlichkeit nach demjenigen gleich ist, das die Geschichte einst über dies herrlichste Kriegsinstrument aller Zeiten fällen wird, ein Hohelied auf die alte deutsche Armee und ihre Führung, ein Urteil aber auch über die, die diesem Heere in den Rücken fielen, ihm seine Siegeszuversicht und sein Vertrauen zu seinen Führern raubten, ist ihr tatsächlichstes Ergebnis.

Das Buch des Generals Buat gibt uns einen Ueberblick über die deutsche Kriegsführung von ganz neuen Gesichtspunkten aus. Wir sehen die gewaltige Entwicklung des deutschen Heeres, wir sehen die Oberste Heeresleitung in ihrem fortwährenden Streben, Herr der Lage zu bleiben, wie sie, den Vorteil der inneren Linie ausnutzend, ihre Divisionen wie Figuren auf dem Schachbrett hin- und herzieht, wie sie zu handeln, wagen und selbst in den kritischsten Lagen dem Gegner das Gesetz vorzuschreiben verstand. Dabei wird die schwere Krisis im Herbst 1916, als Feldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff in die Oberste Heeresleitung eintraten, von General Buat klar hervorgehoben. Die Zahl der deutschen Divisionen stieg von 123 zu Beginn des Krieges bis zur Sommeschlacht 1916 auf 172 und von da ab nach der Kommandoübernahme Hindenburgs in vier großen Sprüngen bis auf 240 am 1. März 1918. — „Mehr als hundert Divisionen wurden also mitten im Kriege sozusagen aus dem Boden gestampft!" — Von diesen 240 Divisionen haben allein 115 an den Verschiebungen auf der inneren Linie von einer zur anderen Front teilgenommen, und dabei rechnet General Buat Rußland, Rumänien, Serbien und den Orient nur als eine, die Ostfront, stellt er die im deutschen Heimatgebiet neugebildeten und an die West- und Ostfront geschickten Einheiten nicht in Rechnung. 41 Divisionen machten die Reise von Frankreich nach den anderen Kriegsschauplätzen oder umgekehrt, einmal, 56 machten sie zweimal, 4 dreimal, 12 wurden viermal, eine sechsmal, das Alpenkorps schließlich mit neun aufeinanderfolgenden Verschiebungen neunmal hin- und hergeworfen. Wir erfahren dabei, wie die Oberste Heeresleitung in der Zeit von Mitte Juni bis Oktober 1916 trotz der Sommeoffensive nach und nach 15 Divisionen von der Westfront nach dem Osten warf, wie sie im Sommer 1917 trotz der Flandernschlachten die Westfront um 13 der besten deutschen Divisionen zugunsten der Operationen in Galizien und Italien schwächte, und wie schließlich das deutsche Westheer in einem wahren Heldenkampfe dauernd einem weit überlegenen Gegner gegenüber standhielt.

Der französische Generalstabschef zollt auch in diesem Buche der deutschen Heerführung und den Leistungen der deutschen Armee, ob bewußt oder unbewußt, rückhaltlose Anerkennung. Besonders interessant ist dabei, daß er in dem deutschen Rückzug auf die Siegfriedstellung in Verbindung mit der systematischen Verwüstung des aufgegebenen Bodens, derenwegen man uns französischerseits in der Welt als gemeine Barbaren hinzustellen versucht, eine durch die Lage gegebene militärische Notwendigkeit, ein Mittel zur Beschaffung der notwendigen Reserven sieht. Nur zwei Fehler, die er allerdings als entscheidend für den Ausgang des Krieges bezeichnet, glaubt General Buat dem deutschen Generalstab vorwerfen zu müssen. Einmal, daß er es nicht verstanden hat, bei der Vorbereitung zum Kriege aus der beträchtlichen Ueberlegenheit, die ihm durch die mächtigen mobilisierungsfähigen Kontingente in die Hand gegeben war, den entsprechenden Vorteil zu ziehen, und dann die Furcht der Obersten Heeresleitung, die öffentliche Meinung in Deutschland zu beunruhigen. Nach Ansicht des Generals Buat hätte der deutsche Generalstab bei größerer Voraussicht zu Anfang des Krieges mehr als 600 000 Mann in Divisionen zusammenstellen können, als er es wirklich tat. Mit diesem Plus an Divisionen hätte er ohne Schwierigkeiten sein Ueberflügelungsmanöver gegen die französisch-englische Nordflanke bis an die Küste der Nordsee und des Aermelkanals vortreiben können. Dann wären — und dieses Urteil ist aus dem Munde des französischen Generalstabschefs besonders interessant — die England am nächsten gelegenen Flottenstützpunkte besetzt, Großbritannien bedroht, und mehr noch, die Marneschlacht wäre in ihrem Ausgang unmöglich, der Angriff an der Yser, der die Deutschen die Blüte ihrer gebildeten Jugend kostete und doch das Blatt nicht mehr zu ihren Gunsten wenden konnte, wäre unnötig gewesen. Ein schwerer Vorwurf, den General Buat hier dem deutschen Generalstab macht. Trifft er ihn aber, ist er berechtigt? — Nein, der deutsche Generalstab hatte die Lage beizeiten richtig erkannt, immer und immer wieder hatte er gewarnt und auf die tatsächliche Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht gedrungen. Noch in letzter Stunde, im Herbste 1912, als alle Zweifel an den feindlichen Absichten geschwunden waren, forderte kein Geringerer als der damalige Oberst und Abteilungschef im Großen Generalstabe, Ludendorff, die Neuaufstellung von drei Armeekorps. Der Vorwurf trifft in seiner ganzen Schwere diejenigen Stellen unserer damaligen Regierung, die aus falscher Sparsamkeit und unter gänzlicher Verkennung der tatsächlichen Lage die Anforderungen des Generalstabes entweder nicht weitergaben oder sie ablehnten.

Mit tiefer Wehmut, aber doch auch mit hohem Stolz liest man das Buch des Generals Buat über die deutsche Armee im Weltkriege, zeigt es uns doch wieder mal deutlich, was wir in unserem alten Heere hatten und wieviel Dank wir ihm schulden.

B.

Die Interpellationen gegen die Kriegsschuldlüge im Reichstag.

Von der deutschnationalen Reichstagsfraktion ist folgende Interpellation eingebracht worden:

In dem Münchener Beleidigungsprozeß gegen den Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte" (Fechenbach-Prozeß) ist der Nachweis geführt worden, daß die frühere kaiserliche Regierung nicht nur nicht gewollt, sondern sich im Gegenteil ernstlich bemüht hat, den Streit zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien auf seinen Herd zu beschränken, und daß der frühere bayerische Ministerpräsident Eisner, um die Oeffentlichkeit in dem von ihm gewünschten Sinne zu beeinflussen, diplomatische Schriftstücke gefälscht hat. Die Legende von der Kriegsschuld Deutschlands ist durch den Ausgang des Prozesses endgültig zerstört worden.

Der Friedensvertrag von Versailles ist auf dem wahrheitswidrigen deutschen Bekenntnis zur Kriegsschuld aufgebaut worden. Auch Lloyd George hat nachdrücklich erklärt, daß der Vertrag mit diesem Schuldbekenntnis stehe und falle. Durch den Spruch des Gerichts ist daher dem Friedensvertrage die Grundlage entzogen.

Ist die Reichsregierung bereit: 1. das durch den Prozeß gelieferte Material den beteiligten Staaten mitzuteilen? 2. die deutschen Archive des Auswärtigen Amtes, aus denen sich unsere Nichtschuld zweifelsfrei ergibt, zu öffnen und von dem Feindbund die Oeffnung seiner Archive zu fordern? 3. dem Ausland gegenüber, sowie auch gegenüber den in diesem Jahre zu erwartenden zahlreichen Ausländern, die Deutschland besuchen werden, eine wirksame Propaganda behufs Aufklärung über die Kriegsschuld zu treiben? 4. gestützt auf das amtliche Material von dem Feindbund die Revision des Friedensvertrages von Versailles zu fordern?

Die Interpellation der Deutschen Volkspartei hat folgenden Wortlaut:

Die Verhandlungen im Münchner Prozeß Cossmann-Fechenbach haben ein überwältigendes Material gegen die Legende erbracht, daß Deutschland den Weltkrieg verschuldet hat. Sie haben festgestellt, daß der von der bayrischen Gesandtschaft in Berlin stammende Bericht aus den letzten Tagen vor Kriegsausbruch durch eine Reihe von Streichungen seinem Sinne nach vollkommen entstellt wurde. Dieser Bericht ist eine der Hauptgrundlagen für die Behauptung von der deutschen Schuld am Kriege und wurde insbesondere auch bei den Versailler Friedensverhandlungen von der Entente als Schuldbekenntnis Deutschlands angesehen und verwertet. In den Gerichtsverhandlungen wurde durch zahlreiche mündliche und schriftliche Gutachten namhafter Gelehrter des In- und Auslandes der 1918 veröffentlichte Gesandtschaftsbericht als Fälschung bezeichnet. Der Pariser Professor der Geschichte, Eduard Dujardin, hat hierbei sein Urteil dahin zusammengefaßt, daß der veröffentlichte Text „eine der offenkundigsten und ruchlosesten Fälschungen der Geschichte" ist. Unter dem Druck des Beweismaterials hat selbst der Privatkläger Fechenbach, sowie sein Rechtsbeistand erklärt, daß die Behauptung „von Deutschlands Alleinschuld am Kriege" nicht mehr aufrecht zu erhalten sei.

Ist die Reichsregierung bereit, jenen Gerichtsverhandlungen im In- und Auslande die weiteste Verbreitung zu sichern und alle Schritte zu unternehmen, um, gestützt auf die Feststellung, daß die die Grundlage des Versailler Friedens bildende Schuldbehauptung schon durch das bereits veröffentlichte erdrückende in- und ausländische Material als objektive Unrichtigkeit nachgewiesen ist, eine Aenderung des Vertrags von Versailles herbeizuführen?

Merkwürdige Auslegung des Vertrages von Rapallo.

Berlin, 23. Mai. Die „Tgl. Rdsch." bringt einen Artikel gegen die „Tat von Rapallo", der während der Konferenz in Genua geschrieben, aber mit Rücksicht auf den „Burgfrieden" zurückgestellt worden war. Es wird darin u. a. gesagt, die Veröffentlichung des deutsch-russischen Vertrags während der Verhandlungen in Genua sei vielleicht zu den unglücklichsten politischen Handlungen in der deutschen Politik der letzten Jahre zu rechnen. Die deutschen Delegierten seien von den Russen beschwatzt worden, indem ihnen mit dem bevorstehenden „russisch-ententistischen Vergleich" die Hölle heiß gemacht worden sei. Die einzige Ausgleichsmöglichkeit, die sich aus dem deutsch-russischen Vertrag als „positive Politik" der nächsten Zukunft zu ergeben scheine, sei eine machtpolitische Verständigung zwischen England und Rußland. Wer wollte bezweifeln, daß Russen und Engländer, vor allem darauf bedacht, ihr Geschäft zu retten, im Ernstfalle Deutschland preisgeben würden, um die französische Hysterie zu dämpfen.

Die Ratifikation des Vertrages von Rapallo durch Rußland.

Berlin, 23. Mai. Das Zentralexekutivkomitee in Moskau hat, wie „Ruß Preß" meldet, nach Berichterstattung des russischen Sowjetdelegierten in Genua, Joffe, über den deutsch-russischen Vertrag den Bericht genehmigt und den Vertrag ratifiziert.

Bonar Law gegen Frankreichs Sanktionsabsichten.

London, 23. Mai. Der unionistische Führer Bonar Law sagte gestern bei einem Bankett der englisch-französischen Ausschüsse u. a.: Ich bin überrascht, festzustellen, daß auf Grund des Vertrages von Versailles einer der Verbündeten allein das Recht haben will, das Ruhrgebiet zu besetzen. Es könnte für Frankreich oder England kein größeres Unglück eintreten, als wenn dieser Fall mit seinen Folgen wirklich durchgeführt werden sollte, und es ist sehr zu hoffen, daß dies nicht der Fall sein wird.

Im Unterhause erwiderte Chamberlain gestern auf eine Frage Kennworthys über die Konferenz im Haag, daß bis jetzt noch keine der Mächte die Einladung formell angenommen habe. Die Vertreter der Mächte in Genua haben nur versprochen, die Annahme der Einladungen ihren betreffenden Regierungen zu empfehlen. Der englische Vertreter sei noch nicht bestimmt; der Premierminister jedenfalls beabsichtige keinesfalls persönlich nach dem Haag zu gehen.

SLUB
Wir führen Wissen.